

Ressort: Finanzen

Sachsens Ministerpräsident für Reform der Mindestlohn-Regeln

Berlin, 09.06.2016, 08:56 Uhr

GDN - Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat eine Reform der Mindestlohn-Regeln gefordert: "Bei der Dokumentationspflicht brauchen wir eine Beweislastumkehr. Künftig sollten Unternehmen nur noch nachweisen müssen, dass sie Mindestlohn zahlen, wenn es Vorwürfe gegen die Unternehmen gibt, sie zahlten den Mindestlohn nicht", sagte Tillich der "Rheinischen Post" (Donnerstagsausgabe).

Damit werde ein Generalverdacht für alle abgeschafft, und die tatsächlichen schwarzen Schafe würden offensichtlich. "Zusätzlich würde das den bürokratischen Aufwand beim Mindestlohn für die Unternehmen erheblich reduzieren." Gastwirte und auch Einzelunternehmer beispielsweise müssten oft bis tief in die Nacht noch Arbeitszeitznachweise für den Mindestlohn schreiben, bemängelte der CDU-Politiker. Für die künftige Höhe des Mindestlohns riet Tillich zum "objektiven Maßhalten". Der Mindestlohn dürfe nicht politisch festgelegt werden, mahnte er. "Am Ende müssen die Produkte, die hergestellt werden, verkäuflich sein. Der Bäckermeister, der schon heute mit dem Supermarkt als Konkurrenz zu kämpfen hat, kann einen erhöhten Mindestlohn nicht an den Kunden weiterreichen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-73689/sachsens-ministerpraesident-fuer-reform-der-mindestlohn-regeln.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619